

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde

betreffend Regionalbahnen erhalten und ausbauen, Bahninvestitionen sichern

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2025 (Bundesfinanzgesetz 2025 – BFG 2025) samt Anlagen (108 d.B.) – UG 41 Mobilität

BEGRÜNDUNG

Die Schiene ist sehr sicher und energieeffizient und muss im Zusammenspiel der Verkehrsträger weiter gestärkt werden. Gespart werden sollte hingegen beim weiteren Straßenaus- und -neubau mit seinen umwelt- und klimaschädlichen Wirkungen. Bahninvestitionen sichern im Vergleich zum Straßenbau auch weit mehr Arbeitsplätze fürs gleiche Geld.

Die Bundesregierung will jedoch mit dem neuen ÖBB-Rahmenplan 2025-2030 gegenüber dem bisherigen Rahmenplan 1,4 Milliarden Euro an dringend nötigen Investitionen für Ausbau und Attraktivierung der Schiene streichen. Bundesweit sollen wichtige Infrastrukturprojekte um teilweise mehrere Jahre aufgeschoben oder nach ihrer Planung nicht zeitnah auch baulich umgesetzt werden.

Dieser Plan betrifft vieles, was im Sinne einer verlässlichen Mobilitätspolitik keinen Aufschub duldet: Von wichtigen Bahnhofserneuerungsprojekten wie Götzis und Bregenz in Vorarlberg über den weiteren Aufschub des Ausbaus im Tiroler Oberland und im Brennernordzulauf, von Ausbauprojekten in Salzburg, Kärnten und Niederösterreich bis zu vielen Elektrifizierungsprojekten wichtiger Pendler- und sogar Güterverkehrsstrecken und zu dringenden Nahverkehrsausbauten (etwa S80 oder Meidling-Liesing-Mödling) im Wiener Ballungsraum.

Zudem wurde jüngst bekannt, dass entgegen bisherigen Vereinbarungen mit den betroffenen Ländern mehrere Regionalbahnstrecken insbesondere in Oberösterreich und der Steiermark von Bund bzw. ÖBB in Frage gestellt werden. Dies, obwohl das gerade einmal 100 Tage alte Regierungsprogramm der Bundesregierung ausdrücklich das „Bekenntnis zur nachhaltigen Absicherung und zum infrastrukturellen Ausbau von Regional-, Neben- und Privatbahnen“ betont.

Beides hat zu breiter und scharfer Kritik aus den Ländern geführt.

So hat der Steiermärkische Landtag bereits folgenden einstimmigen (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne, KPÖ) Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur heranzutreten und das Gespräch mit den ÖBB zu suchen, um sich bei diesen gegen die geplanten Änderungen für die Steiermark im ÖBB-Rahmenplan 2025 bis 2030 auszusprechen und sich für eine nachhaltige Stärkung der steirischen Bahninfrastruktur einzusetzen.“

Der ÖVP-Landeshauptmann von Oberösterreich Thomas Stelzer veröffentlichte dazu folgende Stellungnahme:

„Mobilität braucht Verlässlichkeit!

Jene Bahnstrecken in Frage zu stellen, die für die Pendler aus den ländlichen Regionen von enormer Bedeutung sind, ist gegen jede verkehrspolitische Vernunft. Für Pendlerinnen und Pendler aus ländlichen Regionen sind diese Verbindungen von enormer Bedeutung. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wurde in Oberösterreich gemeinsam mit Bund und ÖBB beschlossen und muss auch weiterhin gelten.“

Im Oberösterreichischen Landtag wurde mittlerweile ebenfalls ein einstimmiger (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne, MFG) Beschluss gegen die Pläne von ÖBB und Bundesregierung gefasst:

„Der Oö. Landtag bekennt sich zu den oberösterreichischen Regionalbahnen als zentrale Verkehrsadern in ländlichen Regionen und ersucht die Oö. Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für deren Erhalt und Weiterentwicklung einzusetzen.“

Dass Oberösterreichs ÖVP- und SPÖ-Abgeordnete im Nationalrat und Bundesrat gegen diesen „daheim“ betonten Erhalt der Regionalbahnen stimmen, wurde von Lokal- und Regionalpolitikern dieser Parteien medial deutlich kritisiert.

Auch aus dem ÖVP-SPÖ-regierten Bundesland Tirol wurde das Vorgehen (von SPÖ-Landesrat Zumtobel) als „schmerzhaft“ bezeichnet - wird doch mit dem Aufschieben der Investitionen auch der nachfolgend vorbereitete Angebotsausbau im Nah- und Regionalverkehr ausgebremst.

Zuletzt hat sich auch der Niederösterreichische Landtag vor dem Hintergrund eines erst 2023 mit Bund und ÖBB vereinbarten neuen Verkehrsdienstevertrags mit Angebotsausbau-Inhalten einstimmig (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne) für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und gegen Verzögerung und Zurückfahren wichtiger Bahnprojekte wie Nordbahn, Laaer Ostbahn und Südbahn ausgesprochen.

Insgesamt scheint somit seitens der Länder niemand die medial verbreitete Meinung des zuständigen Bundesministers zu teilen, wonach er mit diesen Maßnahmen „paktreu gegenüber dem Gesamtsystem“ sei, und es dürfte auch keine „seriöse Diskussion“ mit den Ländern stattgefunden haben.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

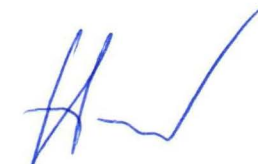
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

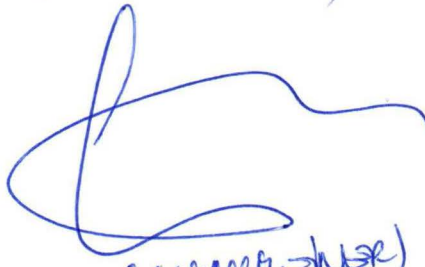
„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, im Sinne der klaren und durchwegs einstimmig erfolgten Positionierung mehrerer Bundesländer gegen die geplanten Einsparungen im ÖBB-Rahmenplan 2025 bis 2030 und gegen die Infragestellung mehrerer Regionalbahnstrecken, beides zu überdenken und umgehend in Gespräche mit den Bundesländern und der ÖBB einzutreten.

Ziel dieser Gespräche sollen die vollumfängliche Fortsetzung der nachhaltigen Stärkung der Bahninfrastruktur sowie Erhalt und Attraktivierung der Regionalbahnen sein.“


(NEBLER)


(Hammerl.)


(PRAMMER)


(SCHALLERT)


GÖTZ